



Keupers

kritischer

Kommentar

02-01-2019

Februar 2019

Europäisches soziales Miteinander.

Die große politische Auseinandersetzung dieser Zeit ist die Herausforderung der etablierten „freiheitlichen“ Demokratie durch einen expandierenden nationalen Populismus hin zu einer sich immer weiter entwickelnden „autoritären“ Demokratie. Nicht nur in USA, dem Kernland der Demokratie, durch die Präsidentschaft von Donald Trump, oder durch die Wahl von Jair Bolsonaro als Präsident von Brasilien, sondern auch in Europa sind die Populisten auf dem Vormarsch. Durch die expandierende Kraft der Rassemblement National (RN) in Frankreich, die Regierungsbildungen in Italien, in Ungarn und in Polen, sowie rechtspopulistische Wahlerfolge in den anderen europäischen Ländern, sind die populistischen, antieuropäischen Kräfte in ganz Europa im Kommen und die „liberalen“, proeuropäischen Kräfte von den Sozialdemokraten bis hin zu den gemäßigten Konservativen in der Defensive.

Mangelnd soziale Ausgeglichenheit fördert antieuropäische Tendenzen.

Anhand dieser politischen Entwicklung wird deutlich, wie zwei verschiedene Phänomene, der Aufstieg populistisch nationaler Kräfte und ein fehlender fiskalpolitischer Ausgleich innerhalb der EU, gefährliche Synergieeffekte entfalten.

Verursacht wird diese Entwicklung durch eine falsche neoliberale Krisenpolitik durch die von der EU-Kommission geforderte Beschränkung der Staatsbudgets, verbunden meist mit einem Abbau von Sozialausgaben, wie Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungen auf ein Minimum. Gleichzeitig werden die Steuern auf Löhne und Einkommen erhöht, während Gewinne der Unternehmen, Vermögen der Eliten steuerlich entlastet wurden. Prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse sind inzwischen fast der Normalfall in der Europäischen Union, nicht nur in den sogenannten Mittelmeerstaaten. Das Ziel der Verantwortlichen scheint nicht eine soziale Marktwirtschaft gemäß dem Lissabon-Vertrag zu sein, sondern das Modell einer neoliberalen Wirtschaftszone ohne oder mit nur minimaler sozialer Absicherung der Bevölkerung. Deswegen wird die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik von den Bürgerinnen und Bürgern der EU auch zunehmend als Bedrohung empfunden. Dieses ist der Background der populistischen Argumentationen hinsichtlich von renationaler Initiativen.

Wie kann man diesen antieuropäischen Entwicklungen und Bestrebungen Erfolg verspre-

chend entgegentreten, ihnen mit demokratischen Mitteln Paroli bieten?

Mehr Demokratie bei Entscheidungen in der EU.

Das bisherige politische und organisatorische System der EU ist von einer Art, die ebenfalls schon gewisse Merkmale einer „autoritären“ Demokratie beinhalten und die von zwischenstaatlichen, oft national ausgerichteten Vereinbarungen im Ministerrat, oft außerhalb der EU-Verträge und durch geringere parlamentarische Kontrolle geprägt ist. Zur Überwindung der Legitimitätskrise der Union sind jedoch mehr demokratische Kontrollen, Beteiligungen und eine ausgeprägte paneuropäische Solidarität notwendig, welche dem Wohlstands- und Stabilitätsversprechen der EU-Verträge gerecht wird und im Zeichen des sozialen Fortschritts steht. Doch eine rein institutionelle Neuordnung wird keineswegs ausreichen. Europa darf nicht länger von den Menschen als neoliberales und Ungleichheit beförderndes Bürokratie-Monster wahrgenommen werden!

Die Jugend muss mehr gefördert werden.

Besonders die jungen Generationen, welche die Zukunft des „Vereinten Europas“ sind, sind von den vergangenen Entwicklungen negativ betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug 2018 in der EU 15,2 Prozent, (in der Eurozone 16,9 Prozent), mit einer Spannweite von 36,6 Prozent in Griechenland, 34,1 Prozent in Spanien und 31,6 Prozent in Italien bis zu 6,1 Prozent in Deutschland, wobei die Gesamtarbeitslosenquote in Europa 6,7 Prozent, (in der Eurozone 7,9 Prozent), in Griechenland, Spanien und Italien 18,6, 14,7, 10,5 Prozent und in Deutschland sogar nur 3,3 Prozent betrug und somit um etwa die Hälfte unter der Jugendarbeitslosenquote liegt. Damit wird das Risiko ohne Arbeit arm zu werden überwiegend auf die jungen Menschen, auf die Zukunft Europas abgewälzt. Das kann und darf nicht sein! Hinzukommt, dass die Einkommensunterschiede in den Ländern oft viel zu groß sind.

Eine „Soziale europäische Union“ ist von Nöten.

Die Sozialdemokraten in Europa müssen eine Entwicklung weg von der radikalen Finanz- und Wirtschaftsunion, welche reine Wirtschaftsökonomie betreibt und dabei Sozialdumping und Beschäftigungskonkurrenz befeuert, hin zu einer Art „Sozialen europäischen Union“ anstreben, welche den sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Staaten der EU als ihre Mantra betrachtet. Die Mitgliedsstaaten sollten durch diese dann wieder mehr miteinander kooperieren, anstatt wie bisher die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wettstreit der Sozialsysteme gegeneinander auszuspielen.

Ein zentraler Baustein einer „Sozialen europäischen Union“ muss die Schaffung eines Europäischen Arbeitsministeriums sein, welches für gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen, in den Mitgliedsstaaten sorgt, für gleichwertige Beschäftigung und soziale Sicherheit.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte in diesem Sinne Mitte Oktober 2018 Ideen für eine europäische Arbeitslosenversicherung entwickelt. Nach seinen Vorstellungen sollen die EU-Staaten einen „europäischen Arbeitslosenstabilisierungsfonds“ mit Beiträgen speisen, die nach der Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt) der einzelnen Länder bemessen werden. Aus dem Fonds könnte sich nationale Arbeitslosenversicherungen Geld lei-

hen, wenn das jeweilige Land von einer unverschuldeten Wirtschaftskrise getroffen wird. Ein richtungsweisender Gedanke, der den neuesten Medienberichten zufolge von dem jetzigen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker aufgegriffen wurde. „Einerseits dürfe ein solcher Mechanismus kein Freifahrtschein für Länder sein, die keine Reformen durchführen und dadurch in Schwierigkeiten geraten. Es dürfe aber auch nicht sein, dass ein EU-Land im Fall einer unverschuldeten Krise wegen steigender Arbeitslosenzahlen das Arbeitslosengeld kürzen müsse“, sagte Juncker der Zeitung „Welt am Sonntag“. Dadurch wird aber signalisiert, dass die Idee einer „Sozialen Union“ auch außerhalb der Sozialdemokraten einer gewissen Zustimmung sicher sein könnte. Darum muss diese „Sozialen Union“ ein Bestandteil des Wahlprogramms der SPD zur Europawahl am 26. Mai werden, wobei detailliertere Aussagen über deren Ausgestaltung und Funktion noch erarbeitet werden müssen. Den Leuten da draußen die Angst vor der Zukunft nehmen, das ist das beste Mittel gegenüber möglichen Wahlerfolgen der Populisten und ihren antieuropäischen Plänen und Vorstellungen,
In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 01. Februar 2019,

Heinrich Keuper